

**Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge  
für Weinbergsschutz der Ortsgemeinde Monsheim  
vom 03.02.2014**

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Monsheim hat auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) sowie des § 2 Abs. 1 und der §§ 7, 8, 9 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

**§ 1 Beitragsgegenstand**

- (1) Die Ortsgemeinde Monsheim erhebt wiederkehrende Beiträge für die jährlichen Kosten des gemäß § 2 durchzuführenden Weinbergsschutzes.
- (2) Der Beitragspflicht unterliegen alle im Außenbereich (§ 35 BauGB) der Ortsgemeinde Monsheim gelegenen Grundstücke, die vom Weinbergsschutz dadurch einen Vorteil haben, dass sie weinwirtschaftlich nutzbar sind.

**§ 2 Zweck und Umfang des Weinbergsschutzes**

- (1) Zweck des Weinbergsschutzes ist es, die Weinberge vor Starenfraß zu schützen (Starenabwehr, Starenhut).
- (2) Der Weinbergsschutz erstreckt sich auf den Bereich der beitragspflichtigen Grundstücke.
- (3) Die Ortsgemeinde Monsheim gibt alljährlich den Beginn und das Ende des Weinbergsschutzes, jeweils spätestens eine Woche vor dem beabsichtigten Termin, ortsüblich öffentlich bekannt.
- (4) Die Ortsgemeinde Monsheim legt Art und Weise sowie Intensität der Durchführung des Weinbergsschutzes, insbesondere die Anzahl der einzusetzenden Weinbergsschützen bzw. die Anzahl und Art der Schallgeber jährlich fest und gibt dies alljährlich ortsüblich öffentlich bekannt.
- (5) Für Schutzmaßnahmen, die über den Umfang gemäß dieser Satzung hinausgehen, sind die Grundstückseigentümer bzw. dinglichen Nutzungsberechtigten selbst verantwortlich.

**§ 3 Beauftragung Dritter**

- (1) Die Ortsgemeinde Monsheim ist berechtigt, eine schriftliche Vereinbarung mit dafür geeigneten Personen oder Personenvereinigungen über die Durchführung des Weinbergsschutzes zu treffen. *Diese Vereinbarung umfasst mindestens:*

*eine präzise Auflistung und Beschreibung der übertragenen Aufgaben,*

*Regelungen zur Kostenerstattung,*

*Regelungen zur Haftung des Dritten bzw. der Ortsgemeinde sowie*

*die Benennung der verantwortlichen Person im Fall der Vereinbarung mit  
Personenvereinigungen.*

*Die Ortsgemeinde gibt die übertragenen Aufgaben sowie bei Personenvereinigungen  
die verantwortliche Person gemäß § 2 Abs. 3 öffentlich bekannt.*

#### **§ 4 Ermittlung der Beiträge, Beitragsmaßstab**

- (1) Der Ermittlung des wiederkehrenden Beitrages werden die tatsächlichen jährlichen Investitionsaufwendungen und Unterhaltungskosten zugrunde gelegt (Jährlichkeitsprinzip).
- (2) Beitragsmaßstab ist die Grundstücksfläche.

#### **§ 5 Beitragsschuldner und Fälligkeit**

- (1) Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer oder dinglicher Nutzungsberechtigter eines beitragspflichtigen Grundstücks ist.
- (2) Die Beiträge werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und am 15. November des jeweiligen Jahres fällig.
- (3) Der Hebesatz für die Weinbergshut wird jährlich in der Haushaltssatzung festgelegt.

#### **§ 6 In-Kraft-Treten**

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Beiträgen für Weinbergsschutz der Ortsgemeinde Monsheim vom 16. Oktober 1996 außer Kraft.
- (3) Soweit Beitragsansprüche nach der auf Grund von Absatz 2 aufgehobenen Satzung entstanden sind, gelten die bisherigen Regelungen weiter.

Monsheim, den 03.02.2014

Ausgefertigt:

(Röhrenbeck)

Ortsbürgermeister



Hinweis gemäß § 24 Abs. 6 Gemeindeordnung;


Satzungen die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung oder auf Grund der Gemeindeordnung zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder

2. vor Ablauf der Einjahresfrist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Verbandsgemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht wird.

Hat jemand eine Verletzung nach Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der Einjahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Monsheim, den 03.02.2014



(Röhrenbeck)

Ortsbürgermeister

